zu TOP 21

Stadtverordnetenversammlung
Falkensee
AfD-Fraktion

Falkensee, 12. Juli 2025

Drucksachen-Nr: . . 9138. . . . . .

vom . . . .

Antrag: Bekenntnis zur Versammlungsfreiheit – Ablehnung politischer Einschüchterungsmethoden

Die Stadtverodnetenversammlung beschließt:

1. Die Stadt Falkensee wird sich öffentlich auf ihrer Homepage unter der Kategorie „Aktuelles“ sowie in einer Pressemitteilung von den im Begründungsteil geschilderten unlauteren Methoden der „Antifa Falkensee“ distanzieren und sich zur uneingeschränkten Wahrung der politischen Versammlungsfreiheit bekennen. Ferner wird sich dabei ausdrücklich gegen jede Form von Einschüchterung politischer Mandatsträger positioniert.
2. Die zuvor genannte Pressemitteilung wird ebenfalls auf dem WhatsApp-Kanal der Stadtverwaltung hochgeladen werden.
3. Innerhalb der kommenden sechs Wochen wird die Pressemitteilung in Form einer Bekanntmachung des Bürgermeisters nach § 9 Abs. 1 und 2 Hauptsatzung der Stadt Falkensee im Amtsblatt veröffentlicht werden.

Begründung:

In einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft ist die politische Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein unverzichtbares Grundrecht. Die gezielte Bekämpfung von Versammlungsteilnehmern durch unlautere Mittel, insbesondere durch Einschüchterung, Diffamierung und falsche Anschuldigungen, stellt eine ernsthafte Gefahr für den demokratischen Diskurs dar.

Die AfD-Fraktion fordert die Stadtverordnetenversammlung Falkensee dazu auf, sich gegen die gezielte Bekämpfung von Versammlungsteilnehmern durch unlautere Mittel zu positionieren. Eine gezielte Diffamierung von Versammlungsteilnehmern in Form von einer nicht eingewilligten Verbreitung von fahndungsähnlichen Portraitfotos im Internet ist ausnahmslos und entschieden abzulehnen.

Konkret haben im Zusammenhang mit dem angemeldeten Winterfest der AfD in Falkensee am 31.01.2025 Fotografen aus dem linksextremen Aktionsfeld, darunter Akteure der „Antifa Falkensee“, Besucher der Veranstaltung – hierunter auch minderjährige Teilnehmer – gegen ihren Willen fotografiert. Bereits im Vorfeld der Versammlung riefen offensichtliche politische linksorientierte Gruppierungen zum Protest gegen die angemeldete Versammlung auf. Mitunter

wurden unerlaubt Werbeflyer für diese Gegendemo an mehreren Falkenseer Schulen verteilt, wobei auf diesen ein offensichtlich falsches Impressum angegeben wurde. Die von den Fotografen angefertigten Portraitaufnahmen mitsamt einiger dazugehöriger Vor- sowie Nachnamen wurden anschließend auf Instagram sowie auf der Webseite der sogenannten „Anarchistischen Föderation“ veröffentlicht.[1] Darüber hinaus wurde öffentlich dazu aufgerufen, Informationen über die abgebildeten Winterfest-Teilnehmer zu sammeln und an die „Antifa Falkensee“[2] weiterzugeben. Dabei handelt es augenscheinlich, wie eingangs erwähnt, um eine Gruppierung aus dem linksextremen Aktionsfeld, welche sowohl über eine eigene Internetseite als auch Kanäle in den sozialen Medien verfügt.[3]

Ferner wurden die willkürlich ausgewählten Personen ohne Darlegung von Indizien mit einem vermeintlichen vorgefallenen strafbaren Vorfall in Zusammenhang gebracht, welcher sich im Vorfeld des Winterfestens am Bahnhof Falkensee zugetragen haben soll.

Die Veröffentlichung der Portraitfotos von minderjährigen Teilnehmern mit dem offenkundigen Zweck, deren Identität bekannt zu machen und somit eine Verfolgung eben dieser zu ermöglichen, ist nicht nur eine Persönlichkeitsverletzung, sondern kann auch die Entwicklung der Jugendlichen nachhaltig beeinträchtigen.

Diese Praktiken stellen nicht nur einen klaren Angriff auf die Persönlichkeitsrechte aller abgelichteten Personen dar, vielmehr ist es auch ein Versuch der öffentlichen Diffamierung, Einschüchterung und einer möglichen physischen oder beruflichen Gefährdung.

In diesem Zusammenhang sei zudem darauf hingewiesen, dass es sich bei einer der abgebildeten Teilnehmer um einen kommunalen Mandatsträger der Alternative für Deutschland handelt, welcher als gewählter Kreistagsabgeordneter besonders gefährdet sein dürfte. Die Häufigkeit von Angriffen auf Kommunalpolitiker ist anhaltend hoch, dazu tragen auch Beiträge wie der eben inkriminierte bei.

Solche Methoden dienen der gezielten politischen Einschüchterung. Sie erinnern an Denunziationspraktiken aus autoritären Systemen und haben in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz.

Die AfD-Fraktion fordert daher die Stadtverordnetenversammlung Falkensee ausdrücklich dazu auf, sich von den Strukturen und Akteuren der „Antifa Falkensee“ sowie von allen zukünftigen Gruppierungen, die durch Einschüchterungsversuche, öffentliche Bloßstellungen und sonstige Anwendungen unlauterer Mittel gegen Andersdenkende aller politischer Strömungen vorgehen, zu distanzieren.

---

[1] Vgl. „Übersicht: einige Teilnehmende des AfD Winterfests in Falkensee (31.01.2025)“, in: https://www.anarchistischefoderation.de/uebersicht-einige-teilnehmende-des-afd-winterfests-in-falkensee-31-01-2025/ (24.02.2025), abgerufen am: 28.03.2025.

[2] Konkret wird die Mailadresse afafalkensee@riseup.net sowie die Internetseite antifafks.noblogs.org/kontakt angegeben. Überdies verfügt die Gruppierung über einen X-Account und eine eigene Webseite.

[3] Vgl. Internetseite: https://antifafks.noblogs.org/, Instagram: https://www.instagram.com/afa.fks/ , X: https://x.com/AntifaFalkensee.

Schlussbemerkung:

Falkensee muss ein Ort der politischen Vielfalt, der demokratischen Meinungsfreiheit und der fairen Debatte bleiben. Wer politische Gegner durch öffentliche Bloßstellung und Einschüchterung bekämpft, greift nicht nur Einzelpersonen an, sondern untergräbt die Grundwerte unserer Stadt und nagt an dem Grundgerüst einer demokratischen Gesellschaft.

Mit der Zustimmung dieses Entschließungsantrages setzt die Stadtverordnetenversammlung Falkensee ein klares Zeichen für Meinungsfreiheit, den Schutz der Bürgerrechte und gegen jede Form politisch motivierter Denunziation.

v. Raemdonck

Dr. Rainer van Raemdonck
Vorsitzender AfD-Fraktion

Hans-Peter Pohl
Vorsitzender der SVV